

ARBEITSKRÄFTE- KRISE

Jetzt alle
Potenziale
ausschöpfen!



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ENERGIEWENDE
Weichenstellungen für
die grüne Transformation

Seite 4



FORSCHUNG & INNOVATION
Zentrale IV-Erfolge
im neuen FTI-Pakt

Seite 8



OBERÖSTERREICH
Die Krise als
Motor des Fortschritts

Seite 10

Warum die EU die neue Chance in der Mercosur-Region ergreifen sollte

Die neue Führung in Brasilien rückt den Schutz des Amazonas in den Fokus und sucht international wieder Partner, auch für den Handel. Für Europa eröffnen sich neue Chancen – unter anderem für die grüne Transformation.

Für die EU hat sich ein historisches Zeitfenster für einen Handelspakt mit Südamerika geöffnet. Seit 1. Jänner gibt es in der größten südamerikanischen Volkswirtschaft, Brasilien, mit Luiz Inácio Lula da Silva einen neuen Präsidenten, von dem in einigen kritischen Bereichen ein Kurswechsel zu erwarten ist. Seit das Handelsabkommen der EU mit dem südamerikanischen Wirtschaftsraum Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) 2019 zwar fertig verhandelt wurde, aber die Umsetzung aufgrund der Skepsis einiger EU-Staaten zunächst gescheitert ist, hat sich die Ausgangslage für ein solches Abkommen deutlich geändert: Lula da Silva hat sich die Einhaltung nationaler und internationaler Umweltstandards auf die Fahnen geheftet und will auch bisher

blockierte Mittel für den Amazonas-Schutz wieder freigeben. Gleichzeitig steht die Stärkung internationaler Partnerschaften auf seiner Agenda, und auch die EU sucht nach neuen Handelspartnern. Dementsprechend wollen sowohl Schweden als auch Spanien, die heuer nacheinander die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen, einen neuen Anlauf starten. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in einer Rede am Weltwirtschaftsforum in Davos gefordert, das Mercosur-Abkommen wieder zum Thema zu machen.

Rohstoffe für die Energiewende

Vor allem für die Energiewende könnte Brasilien für Europa in Zukunft eine wichtige Rolle spielen – auch angesichts einer geopolitischen Neuordnung der Welt. Denn das Land ist reich an Rohstoffen und

seltene Erden, die für die grüne Transformation, etwa in der Batterieproduktion, benötigt werden. Auch das Potenzial zur Produktion von grünem Wasserstoff ist groß, denn in Brasilien sind erneuerbare Energien bereits gut ausgebaut. Umgekehrt könnten Europa und vor allem auch Österreich in Brasilien mit Technologien punkten. Lula da Silva hat Investitionen in Infrastruktur und Wohnbau und eine Reindustrialisierung des Landes unter dem Einsatz neuer Technologien und dem Schutz der Biodiversität angekündigt. Wenn die EU zögert, so fürchten Experten, könnte diese Chance von anderen Akteuren wie China ergriffen werden. „Das Abkommen mit Mercosur ist eine strategische Chance, mit der Europa die weltweite Handelsarchitektur mitgestalten kann“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter für Inter-

nationale Beziehungen & Märkte bei der Industriellenvereinigung.

Ein Abkommen könnte zu einer Verdoppelung der europäischen Exporte in den Mercosur-Raum in sieben bis zehn Jahren führen. Der bisherige EU-Handel mit der Mercosur-Region sichert in Österreich 32.000 Arbeitsplätze; 1.400 heimische und 60.500 EU-Unternehmen sind dort aktiv. Beim Export nach Mercosur gelten derzeit hohe Zölle auf Industriegüter. Das Abkommen könnte bei vollständiger Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von vier Mrd. Euro jährlich bewirken. Löwy: „Durch eine wechselseitige Marktöffnung sind Exportsteigerungen sowie positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte in Europa und den Mercosur-Staaten zu erwarten.“



US-ARBEITSMINISTER WALSH ZU BESUCH BEI IV

„Das Interesse der USA an unserer praxisorientierten Lehrlingsausbildung zeigt einmal mehr, wie wichtig diese duale Ausbildung für Industrie und Wirtschaft ist. Wir sind überzeugt, dass die Lehre einer der zentralen Erfolgsfaktoren der Industrie in Österreich ist“, so IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer anlässlich eines Besuchs des US-Arbeitsministers Martin J. Walsh bei der IV in Wien. Die USA wollen die praxisorientierte Lehrlingsausbildung nach österreichischem Vorbild auch in ihrem Land ausbauen. Eine US-Delegation traf im Haus der Industrie heimische Betriebe zu einem Austausch über die Lehrlingsausbildung.

„Die Biden-Harris-Regierung hat das Ziel, die US-Wirtschaft vertikal und horizontal auszubauen, um allen Arbeitnehmern den Zugang zu guten Jobs zu erleichtern und erfolgreiche Karrieren zu starten“, sagte Walsh. „Ich bin unseren Partnern in Österreich dankbar für den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen, die wir in die Vereinigten Staaten mitnehmen werden, um unsere Ausbildungssysteme für Arbeitskräfte zu stärken. Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer internationalen Zusammenarbeit.“

Im Bild: US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy (2. v. l.) begleitete die Delegation rund um US-Arbeitsminister Martin J. Walsh ins Haus der Industrie.

GASTKOMMENTAR

Europa muss bei kritischen Rohstoffen endlich handeln

Die EU agiert viel zu langsam, um ihre Abhängigkeit von China bei seltenen Erden zu reduzieren.

Es ist nicht so schlau, sich bei Rohstoffen von einem Land abhängig zu machen – das ist eine der Lektionen, die der Ukraine-Krieg für Europa bereithält. Doch auf dem europäischen Entzugsprogramm stehen nicht nur russisches Öl und Gas: Sorgen bereitet der EU zunehmend auch, wie angewiesen die Mitgliedstaaten auf Güter aus China sind, die für die grüne Wende unerlässlich sind. Ohne Lithium und Nickel in Batterien, ohne Silizium in Solarpaneelen, ohne Bauxit für das Aluminium in Windrädern wird es nicht möglich sein, dass die EU ihr erklärtes Ziel erreicht, bis 2050 klimaneutral zu sein.

Die Machthaber in Peking haben seit den 90er-Jahren ihre Vormachtstellung bei kritischen Rohstoffen gezielt auf- und ausgebaut. Die Nachfrage ist zuletzt dramatisch gestiegen, und sie wird weiter steigen. Schätzungen zufolge wird die Menschheit in den kommenden drei Jahrzehnten mindestens genauso viele seltene Erden abbauen wie in den vergangenen 70.000 Jahren.

Für die Umwelt kann das verheerende Folgen haben – eine bittere Ironie der grünen Transformation. Doch ökologische Skrupel kennt die Volksrepublik kaum, schon gar nicht in den Minen Afrikas oder Burmas, wo sich chinesische Staatskonzerne Zugriff gesichert haben.

„Die EU hat die geopolitische Herausforderung lange verschlafen.“

Der neue Wettlauf um die wichtigsten Ressourcen der Zukunft ist voll im Gang, und die Chinesen haben dabei einen Startvorteil. Die EU hat die geopolitische Herausforderung lange verschlafen. 2010 kursierten dann erste Strategiepapiere in Brüssel. Zu agieren begann Europa erst spät: 2017 lief

die Union die Europäische Rohstoffallianz ins Leben. Ihrem Ziel, den Import seltener Erden zu diversifizieren, kamen die Europäer jedoch seither nur schleppend näher. Sie sind immer noch zu 90 Prozent von China abhängig. Der Abbau von kritischen Rohstoffen auf dem eigenen Kontinent scheitert oft an lokalem Widerstand, etwa in Portugal. Nur schleppend läuft auch das Recycling an, die vielleicht größte europäische Ressource. Und um Rohstoffe wie Lithium für technologische Zwecke nutzbar zu machen, müssen sie, wie der zuständige EU-Kommissar Maroš Šefčovič beklagt, erst recht etwa nach China oder Chile verschifft werden – denn in Europa fehlt die Verarbeitungsindustrie.

Im September 2022 kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Gesetz für kritische Rohstoffe an, um widerstandsfähigere Versorgungsketten zu errichten. Mindestens ein Drittel des raffinierten Lithiums müsse 2030 aus der EU kommen, forderte von der Leyen, und prophezeite: „Lithium und seltene Erden werden bald

wichtiger als Öl und Gas sein.“ Das war ein guter Sager. Doch das Gesetz gibt es noch immer nicht. Es soll im Frühjahr kommen.

Bei strategischen Rohstoffen muss Europa nicht nur strategisch denken – sondern endlich auch schneller handeln.



Christian Ultsch ist Ressortleiter Außenpolitik bei „Die Presse“

Runter von der Arbeitskräftebremse!

Europa läuft abgelenkt von zahlreichen anderen Krisen mitten in ein Problem, das zu einer entscheidenden Zukunftsbremse werden dürfte: der Mangel an Arbeitskräften.

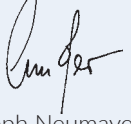
Europa und Österreich stehen zunehmend vor einem demografischen Problem – und das kommt insbesondere für Bevölkerungswissenschaftler und vorausschauende Ökonomen ganz und gar nicht überraschend. Doch diese Entwicklung wurde bisher besonders von der Politik geflissentlich ignoriert: Zuwanderung und der Glaube, dass man es wohl eher mit dem Verlust von Arbeit zu tun bekommen wird – Stichwort Digitalisierung –, haben dazu geführt, dass bislang kaum Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Dabei sieht man die Auswirkungen selbst dann, wenn man nicht unmittelbar an seinem Arbeitsplatz betroffen ist. Der Fachkräftemangel ist längst zum Arbeitskräftemangel mutiert – die Stellenangebote und Anwerbeaktionen von Arbeitgebern laufen in klassischen und digitalen Medien.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass wir aus dieser herausfordernden Entwicklung nicht so schnell herauskommen werden (siehe Coverstory S. 6–7). Wir brauchen also kluge Lösungen. Dafür gibt es zwei naheliegende Hebel und es ist angesichts der Lage unverständlich, wieso die Politik diese nicht längst voll ausgeschöpft: Anreize für mehr Leistung und eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

In Österreich arbeitet nur ein Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung. Wir haben eines der niedrigsten durchschnittlichen Pensionsantrittsalter in Europa. Nur ungefähr ein Drittel der 60- bis 64-Jährigen ist berufstätig, und kaum jemand, der älter ist als 65; auch nicht in Berufen, die gar nicht mit körperlicher Arbeit verbunden sind, und das trotz längerer

Lebenserwartung und häufig längerer Gesundheit. Es ist schlicht nicht attraktiv, da viele Anreize zu einem frühen Pensionsantritt unverständlicherweise nach wie vor bestehen. Diesmal wartet aber keine Schar an Babyboomern, um die entstehende Lücke dankbar zu füllen. Zusätzlich sind nach wie vor (zu) wenige Frauen in Österreich voll berufstätig. Die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen ist mancherorts beschämend. Es gehört dringend etwas getan – jedoch beißt sich hier die Katze in den Schwanz, denn auch in der Elementarpädagogik fehlt es an (Vollzeit-)Personal.

Wir brauchen also dringend Anreize, länger und mehr zu arbeiten. Leistung soll sich wieder lohnen, fordern wir schon lange mit Nachdruck. Das alleine wird jedoch nicht reichen. Die demografische Lücke lässt sich mit Zuwanderung ausgleichen – am Arbeitsmarkt macht sich das bisher aber kaum bemerkbar. Warum? Der Integrationsfonds schlug vergangenen Herbst Alarm: Der Bildungsgrad von Menschen, die Asyl erhalten (ohne Ukraine-Flüchtlinge), verschlechtert sich zunehmend. Wir reden hier nicht von Ärzten, Juristen oder Fachkräften. Sieben von zehn können nicht lesen und schreiben – eine wachsende Gruppe nicht einmal in ihrer Muttersprache. Wenn es uns nicht bald gelingt, eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu steuern, werden wir uns nicht aus der Arbeitskräftekrise herausarbeiten können.

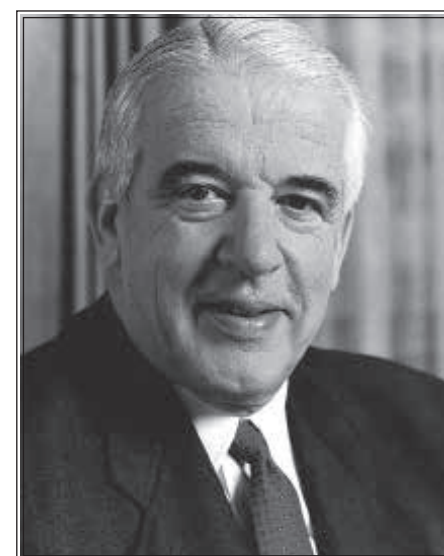
Ihr

 Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 27. Jänner war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.



Aufrichtig trauern wir um
Dr. Christian Beurle,

der am 7. Jänner 2023
 in seinem 95. Lebensjahr
 verstorben ist.



Christian Beurle hat die Industriepolitik sowie die politische Landschaft der Zweiten Republik über Jahrzehnte hinweg maßgeblich geprägt. Dr. Beurle war seit 1968 Mitglied des Vorstands der Industriellenvereinigung (IV). 1972 wurde er Vizepräsident und bekleidete von 1980 bis 1988 die Funktion des Präsidenten der IV. Seither hat er die IV als Ehrenpräsident unterstützt.

Wir werden ihm stets ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Das Präsidium der
 Industriellenvereinigung

IV-MEINUNG

AKTUELLES IN KÜRZE

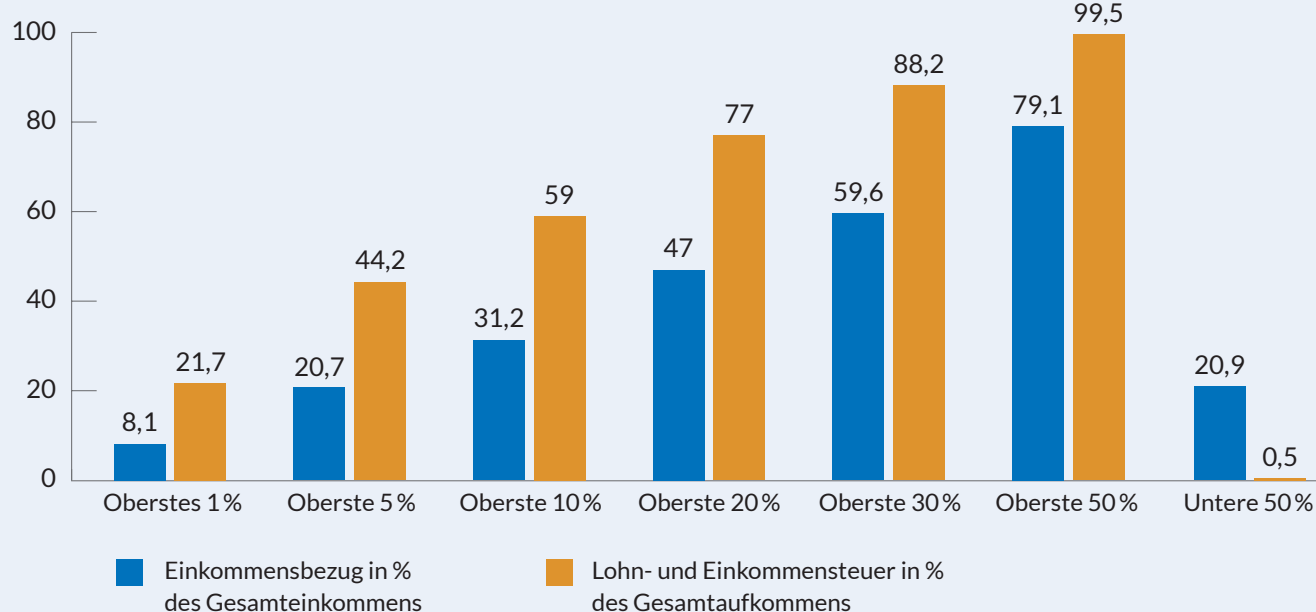
GRAFIK DES MONATS

Die AK hat unter dem Deckmantel des Fat-Cat-Days wieder die Top-Manager Österreichs an den Pranger gestellt. Genau genommen handelt es sich dabei aber um einen Fat-Tax-Day, denn die enorme Jahreslohnsteuerleistung (ohne SV-Abgaben) der 20 ATX-CEOs trägt überproportional zum

Gemeinwohl in Österreich bei. So würde die Lohnsteuerleistung der CEOs alleine reichen, um über 90 Prozent der öffentlichen Kindergartenplätze in Kärnten in Halbtagsbetreuung ganzjährig zu finanzieren. In der Grafik sieht man, dass Menschen in den höchsten Einkommensklassen den größten

Teil zur Lohnsteuer beitragen. Es geht jedoch nicht darum, verschiedene Einkommensgruppen gegeneinander auszuspielen. Viel wichtiger wäre eine sachliche Diskussion darüber, wie der Staat seine immensen Steuereinnahmen möglichst treffsicher und wirkungsorientiert einsetzen kann.

Lohnsteuerverteilung nach Einkommensklassen



ZAHL DES MONATS

95,85
 Mrd. €

Die Exporte von Waren aus Österreich beliefen sich im 1. Halbjahr 2022 laut Statistik Austria auf insgesamt 95,85 Mrd. Euro – eine Steigerung um 19,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Mehr als ein Viertel davon (25,50 Mrd. Euro bzw. 26,6 Prozent) entfiel auf Oberösterreich. Die gesamtösterreichischen Warenimporte lagen bei 104,64 Mrd. Euro (+22,2 Prozent). Im 1. Halbjahr 2022 erzielten vier Bundesländer einen Handelsbilanzüberschuss; das heißt, es wurden mehr Waren von diesen Bundesländern exportiert als importiert. Das höchste Aktivum entfiel dabei auf Oberösterreich mit 4,77 Mrd. Euro, gefolgt von der Steiermark mit 3,12 Mrd. Euro und Vorarlberg mit 1,50 Mrd. Euro. Das deutlichste Passivum verzeichnete Wien mit 13,73 Mrd. Euro. In allen Bundesländern bleibt Deutschland der wichtigste Handelspartner.

UVP-G-Novelle beschleunigt Energiewende – weitere Schritte notwendig

Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bringt ein Aufatmen für notwendige Infrastruktur für den Standort und die Energiewende.

Die Regierung hat auf Bestreben der IV eine wichtige Beschleunigung für Genehmigungsverfahren auf den Weg gebracht. Konkret geht es um eine Gesetzesnovelle der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G), die für die Industrie wesentliche Erleichterungen bringen wird. Die Beschlussfassung im Umweltausschuss soll am 16. Februar erfolgen.

Der Entwurf enthält zahlreiche Beschleunigungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Gleichzeitig wurde von vielen ursprünglich geplanten Verschärfungen letztlich Abstand genommen. Insbesondere hätte ein noch im Begutachtungsentwurf enthaltenes neues Genehmigungskriterium zum Flächenverbrauch zu erheblichen Verzögerungen sowie Rechtsunsicherheit geführt; ein Punkt, der erfolgreich abgewehrt werden konnte.



Judith Obermayr-Schreiber, Expertin aus den Bereichen Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen und Energie

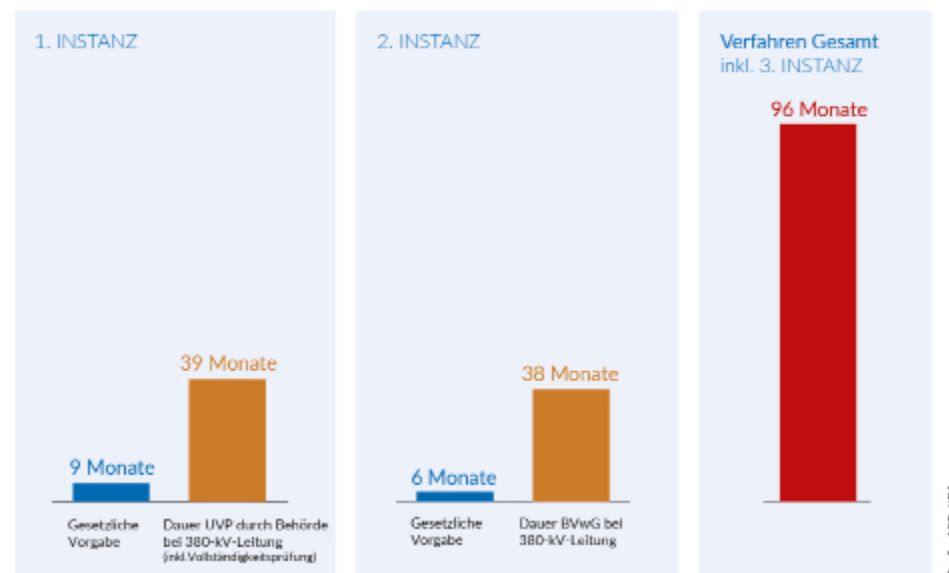
IV-Forderungen umgesetzt

Die Novelle greift gleich mehrere IV-Forderungen auf: Durch eine bessere Strukturierung der Verfahren soll es beispielsweise nicht mehr möglich sein, neue Tatsachen oder Beweismittel zu jedem Zeitpunkt vorzubringen. So sollen verspätete Vorbringungen nach Fristablauf nicht mehr berücksichtigt werden.

Ähnliches gilt für das Verfahren in der Instanz (vor dem BVwG), in welchem ein Nachschieben von Beschwerdegründen nunmehr nicht mehr zulässig ist. Auch die Präklusionsregelung im Sinne der Bestimmungen zu Großverfahren im AVG soll nun grundsätzlich für das UVP-Verfahren gelten. Demnach geht die Parteistellung verloren, wenn nicht rechtzeitig Einwendungen erhoben werden. Viele dieser Maßnahmen wurden über lange Zeit als nicht erforderlich oder gar rechtswidrig dargestellt; nun werden Ansätze etwa aus dem Standortentwicklungsgesetz übernommen. Gemeinsam mit weiteren positiven Neuerungen ist das ein erfreuliches Umdenken, das dringend fortgesetzt werden sollte.

Die Novelle bringt auch zusätzliche Erleichterungen für Energiewendeprojekte. Diese Vorhaben sollen etwa nicht mehr am Landschaftsbild scheitern und die Behörde kann die aufschiebende Wirkung gegen den Genehmigungsbescheid aberkennen. Es ist gelungen, die Definition dieser Projekte seit dem Begutachtungsentwurf im Sommer zu erweitern; so sind nun explizit Pumpspeicher, der Bahnausbau oder Trassenaufhiebe

Dauer des UVP-Verfahrens Salzburgleitung Gesetzgeberischer Anspruch vs. Wirklichkeit



für Stromleitungen umfasst. All diese Vorhaben sollen im besonderen öffentlichen Interesse stehen. Hier ist es aus Sicht der IV vor dem Hintergrund der EU-Dringlichkeitsverordnung zum beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren angezeigt, mit dem „übergeordneten öffentlichen Interesse“ ein unionsrechtlich kohärentes Wording zu nutzen.

Weitere Schritte notwendig

Freilich ist diese Novelle ein wichtiger Schritt für die Energie- und Mobilitätswende und unseren Wirtschaftsstandort, auf den aber rasch weitere folgen müssen – denn damit die Industrie als Teil der Lösung bei der grünen

Transformation ihre Potenziale heben kann, braucht es weitere Weichenstellungen. Dies wären einerseits weitere Schritte zur Verfahrensbeschleunigung (gezieltes Verschleppen durch bestimmte Projektgegner!), eine umfassende AVG-Novelle, die effiziente Durchführung Strategischer Umweltprüfungen (SUP), aber auch andererseits gesicherte Unterstützung in der Transformation. Das betrifft z.B. die seit über einem Jahr ausstehende Investitionszuschüsse-Verordnung für Wasserstoff aus dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, die Strompreiskompensation oder auch die nächsten konkreten Schritte zur Finanzierung über den neu geschaffenen Transformationsfonds.

EXPERTENMEINUNG

Logistikbranche mit starkem Wachstum – bessere Rahmenbedingungen gefordert

IV, WKO und Zentralverband Spedition & Logistik legen Economica-Studie zur Bedeutung der Logistikbranche vor und fordern zukunftssichernde Rahmenbedingungen.

Die heimische Logistikbranche ist in den Jahren 2019 bis 2021 stärker gewachsen als die Gesamtwirtschaft, nämlich um 5,9 Prozent pro Jahr. Die Logistikunternehmen haben damit deutlich dazu beigetragen, die österreichische Konjunktur zu stabilisieren. Das ergab eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Economica im Auftrag von IV, WKO und Zentralverband Spedition & Logistik. Mit 14,7 Mrd. Euro trug die Logistik 2021 rund vier Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung Österreichs

bei. Der gesamte Wertschöpfungseffekt inklusive Vorleistungen und induzierter Effekte lag bei 20,9 Mrd. Euro bzw. 5,8 Prozent. Den Berechnungen zufolge ist damit jeder 17. in Österreich erwirtschaftete Euro auf die Logistik zurückzuführen. Direkt und indirekt sind laut Studie in der Branche über 250.000 Menschen beschäftigt; es werden rund acht Mrd. Euro an Löhnen und Gehältern und rund 7,5 Mrd. Euro an Steuern bezahlt.

„Funktionierende Lieferketten sind entscheidend für den Erfolg der heimischen

Industrie, sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene, die es bestmöglich intermodal miteinander zu verschränken gilt. In Zeiten der Globalisierung kann die Logistik regionale Produktion erleichtern, grenzüberschreitende Transporte verringern und so die Versorgungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gewährleisten“, sagte IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren bei der Präsentation der Studie im neuen Media Center der IV. Die Zukunftsfähigkeit Österreichs als wichtigster Logistik-Hub in Zentral- und Osteuropa setze eine entsprechend ausgebaute Infrastruktur voraus – nicht nur im Verkehr, sondern auch in der Energieversorgung. „Die aktuelle Novelle zum UVP-Gesetz und die Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien greifen langjährige Forderungen der Industrie auf und sind ein Gebot der Stunde“, so Koren.

Weitere Kostenbelastung zeichnet sich ab

Studienleiter Christian Helmenstein dazu: „Eine Umstellung auf CO₂-arme Güterbeförderung setzt finanzierbare alternative

Antriebstechnologien und eine großflächig verfügbare Energieinfrastruktur voraus. Die aktuellen Rahmenbedingungen werden diesen Anforderungen noch nicht gerecht. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine weitere Kostenbelastung der Logistikbranche ab, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich belastet. Umso wichtiger ist es, die Mobilitätswende so zu gestalten, dass die Transformation zu leistbaren betriebswirtschaftlichen Bedingungen erfolgen kann.“ Um sich diesen Herausforderungen stellen zu können, fordert die IV in einem Schlußschluss mit WKO und Zentralverband unter anderem eine rasche Umsetzung des wiederholt angekündigten Masterplans Gütermobilität sowie des mehrfach verschobenen Förderprogramms zur Umstellung von Nutzfahrzeugflotten auf emissionsfreie Antriebe.

Besorgniserregend sei auch der zunehmende Personalmangel aufgrund sinkender Beschäftigungszahlen bei gleichzeitig zunehmendem Transportaufkommen, verschärft durch die anstehende Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation, so Helmenstein.



„Lieferketten sind entscheidend für den Erfolg der heimischen Industrie.“

Peter Koren,
IV-Vize-Generalsekretär

Neuer FTI-Pakt bringt 5 Mrd. Euro für Innovation

Der neue FTI-Pakt bringt für die Jahre 2024–2026 eine Steigerung der Fördermittel und ist damit die Basis für wichtige Weichenstellungen in Forschung, Technologie und Innovation.

Ende 2022 wurde der neue dreijährige FTI-Pakt im Ministerrat beschlossen. Dieser sieht im Zeitraum 2024 bis 2026 mindestens 5,05 Mrd. Euro für die zentralen Forschungsförderungsagenturen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor, bringt also eine fortgesetzt verbesserte Budget- und Planungssicherheit. Erfreulich ist eine zumindest wegweisende Steigerung der Mittel im Vergleich zur Vorperiode 2021–2023 i.H.v. insgesamt 31 Prozent. Werden im Verlauf der Vorperiode hinzugekommene Zusatzmittel eingerechnet, beläuft sich die Steigerung auf 24 Prozent.

Von den insgesamt im Pakt budgetierten rund 5 Mrd. Euro entfallen rund 2,6 Mrd. Euro auf das Bildungs- und Wissenschaftsministerium, rund 1,8 Mrd. Euro auf das Klimaministerium und rund 700 Mio. Euro auf das Wirtschaftsministerium.

Im Bereich der Grundlagenforschung ist die Fortsetzung der Exzellenzinitiative vorgesehen. Kritisch anzumerken ist, dass das wichtige Element des Wissens- und Technologietransfers im Kontext der Grundlagenforschung nicht angeführt ist. Wieder ein zentraler Bestandteil des künftigen FTI-Pakts sind die wichtige strategische Nutzung europäischer Initiativen sowie internationale Kooperation und Vernetzung.

MINT-Masterplan

Im Bereich „Skills und Talente“ sieht der Pakt die Förderung des Interesses im MINT-Bereich sowie die Attraktivierung von MINT-Ausbildungen, insbesondere für Mädchen

und Frauen, etwa im Rahmen eines MINT-Masterplans, vor. Zudem sollen durch ein MINT-Regionen-Label Anreize zum Aufbau von regionalen MINT-Netzwerken gesetzt werden.

Erneut widmet sich der Pakt in einem eigenen Kapitel explizit der FTI zur Erreichung der Klima- und Energieziele. Darin sind auch Maßnahmen zur Förderung von wichtigen Technologien (Digitale, Energie, Weltraum) festgehalten, allerdings wird hier ein starker Fokus auf die Anwendung gelegt, während die notwendige konsequente Technologieentwicklung zu wenig Niederschlag findet. Wichtig ist, bestehende Unterdotierungen, wie z.B. für das Joint Undertaking KDT, die Basisprogramme und die ESA-Wahlprogramme, dieses Jahr zu beheben.

Der FTI-Pakt stellt gemäß Forschungsfinanzierungsgesetz die Verbindung zwischen FTI-Strategie 2030, Finanzierung und umsetzenden Einrichtungen dar. Inhalt des FTI-Pakts ist es, die strategischen Ziele der FTI-Strategie 2030 in konkreten Handlungsfeldern umzusetzen und forschungs- und innovationspolitische Schwerpunkte zu definieren. Der FTI-Pakt bildet die Grundlage für die Verhandlungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der sechs zentralen Forschungseinrichtungen und der fünf zentralen Forschungsfördererinstitutionen, die 2023 anstehen. Davon erfasst sind u.a. das AIT Austrian Institute of Technology, das ISTA, die Akademie der Wissenschaften, die Ludwig Boltzmann Gesellschaft, Silicon Austria Labs oder auch FFG und aws.

Zentrale IV-Erfolge im neuen FTI-Pakt:

- Fortsetzung der Umsetzung der Technologieoffensive mit ihren Kernbereichen: themenoffene FTI-Formate, Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft, Digitalisierung und digitale Schlüsseltechnologien, innovative Produktions- und Materialtechnologien, Life-Sciences-Bereich.
- Stärkung von Schlüsselsektoren und von Wertschöpfungsketten in Schlüsseltechnologien: Digitalisierung (u.a. KI, Cybersecurity, Hochleistungscomputer, Industrie 4.0), Elektronik- und Halbleiterindustrie, Quanten-, Fahrzeug- und Mobilitätstechnologien, Maschinenbau, neue Werkstoffe, Nanotechnologie,

Advanced Manufacturing, Additive Fertigung, innovative und nachhaltige Energietechnologien, Life-Sciences-Bereich.

- Positiv hervorzuheben ist zudem die Umsetzung der Transformationsoffensive zur Unterstützung der Wirtschaft, allen voran der technologieorientierten Leitbetriebe, bei der nachhaltigen Transformation. Diese umfasst zusätzliche FTI-Mittel für das Wirtschaftsministerium in Höhe von 600 Mio. Euro bis 2026 für Forschungs- und Technologieentwicklungsförderung, Standort- und Investitionsförderung sowie Qualifizierungsmaßnahmen.



AKTUELLES IN KÜRZE

Dank an Prof. Henzinger

IV-Präsident Georg Knill, Bundesminister Martin Polaschek, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und viele Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter danken Prof. Thomas Henzinger als Präsident des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) für den erfolgreichen Aufbau der Forschungseinrichtung. Durch sein herausragendes Engagement ist es Prof.

Henzinger gelungen, das ISTA als Top-Institut für Grundlagenforschung am Standort Österreich international zu positionieren. Die österreichische Industrie hat das ISTA von Anfang an unterstützt und wird das Forschungsinstitut weiterhin bei der Realisierung exzellenter Grundlagenforschung ‚made in Austria‘ im globalen Wettbewerb aktiv begleiten.



Nachhaltigkeitspreis TRIGOS 2023 – jetzt einreichen!

Österreichs renommiertester Nachhaltigkeitspreis TRIGOS wird 20! Mit dem TRIGOS werden jene Unternehmen ausgezeichnet, die in ihrer ganzheitlichen und strategischen Herangehensweise Vorbildwirkung im Bereich gesellschaftliche Verantwortung übernehmen – und ökonomisch profitabel, sozial integrativ und ökologisch regenerativ wirtschaften. In insgesamt sechs Kategorien können Firmen ihre Innovationskraft zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen sowie ihren Beitrag zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) unter Beweis stellen.

Am 4. Oktober 2023 werden die Preise bei einer feierlichen Gala verliehen – und 20 Jahre nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln österreichischer Unternehmen gefeiert!

Hinter dem TRIGOS steht eine einzigartige Trägerschaft aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Caritas, IV, Österreichisches Rotes Kreuz, Umweltdachverband sowie WKO.

EINREICHFRIST

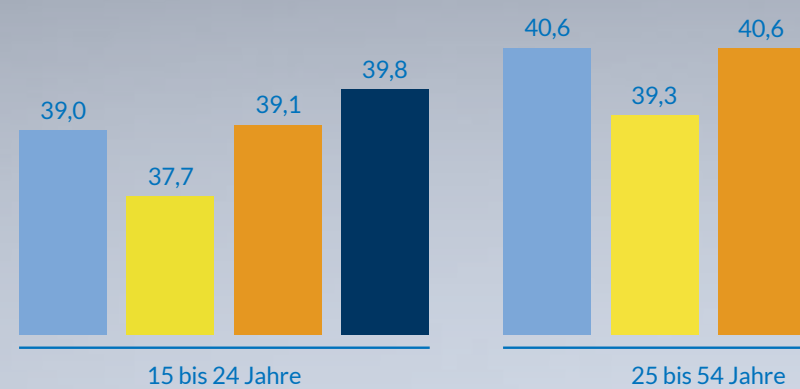
Am 20. Februar beginnt die Einreichfrist!
www.trigos.at



WEGE AUS DER ARBEIT

Österreichs Unternehmen finden nicht mehr ausreichend Mitarbeiter
Von ungehobenen Leistungspotenzialen bis zum Recruiting im Ausland

Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von
(in Stunden, EU-Länderauswahl)



Der Arbeitskräftemangel wird sich in Europa und Österreich in den kommenden Jahren zur größten Herausforderung der Wirtschaft entwickeln. „Wenn die aktuelle Energiekrise und der Krieg überwunden sind und Unternehmen wieder mit voller Kraft durchstarten, wird es genau daran fehlen: den Arbeitskräften, die den Aufschwung gestalten – jene, die Anlagen für die Energiewende bauen, die Digitalisierung vorantreiben und Europas Potenzial in Schlüsseltechnologien nutzen, aber auch jene, die das Brot backen, die Ernte einholen, Alte und Kranke versorgen und Kinder und Jugendliche ausbilden“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

Die Gesundheitsbranche klagt über einen Mangel in fast allen Berufsfeldern, aber schon jetzt fehlt es nicht mehr nur an hoch qualifizierten Fachkräften. Spätestens in der Urlaubssaison wird wieder deutlich, wie viel Personal in Hotels, Restaurants und am Flughafen fehlt. Verkehrsbetreiber verringern bereits die Frequenzen von Straßenbahn, Zug und Bus. Nicht zuletzt gehen Österreich die Lehrkräfte aus. Unternehmen werben längst deutlich sichtbar im öffentlichen Raum um Mitarbeiter und Lehrlinge: über Plakatkampagnen, TV-Spots – und die Bundesbahnen nun sogar mit einem vollständig gebrandeten Railjet.

250.000+ offene Stellen

In Oberösterreich und Salzburg kam im November rein rechnerisch weniger als ein Arbeitsloser auf eine offene Stelle. In ganz Österreich lag die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen im Dezember bei 109.797 – nicht berücksichtigt sind dabei jene Stellen, die nicht beim AMS gemeldet werden. Experten schätzen, dass insgesamt mehr als 250.000 Jobs bei Unternehmen in Österreich unbesetzt sind. Dem stehen im Jänner 317.114 Menschen, die arbeitslos und auf Jobsuche sind, gegenüber. Während die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, sind immer weniger Menschen auf Jobsuche.

Die Bevölkerung schrumpft

Warum in Österreich und ganz Europa der Arbeitskräftemangel akut ist, hat verschiedene Gründe. Einerseits schrumpft in ganz Europa die Bevölkerung: Die erwerbsfähige Population ist laut Eurostat seit Ende 2019 um 0,7 Prozent gesunken; die Altersgruppe 25–54 ist im selben Zeitraum sogar um 1,8 Prozent geschrumpft. In Österreich gibt es immer weniger 15-Jährige und damit weniger Menschen im klassischen Alter von Lehranfängern, gleichzeitig wächst die Gruppe der Österreicher im Regelpensionsalter – und der Höhepunkt ist dabei noch nicht erreicht, denn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer sind derzeit 50 bis 60 Jahre alt. Den Zenit der aktuellen Pensionierungswelle dürften wir wohl erst Ende des Jahrzehnts erleben.

Einen weiteren Grund, warum der Arbeitskräftemangel im Lauf des vergangenen Jahrs so akut geworden ist, sehen Experten darin, dass die Pandemie die Binnenmigration in Europa eingeschränkt hat. Viele Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa, die in Österreich Menschen gepflegt, Felder abgeerntet oder in Restaurants und Hotels geholfen haben, sind in der Pandemie in ihre Heimatländer zurückgekehrt – und nicht wiedergekommen, auch, weil sie daheim ebenso gebraucht werden. Migration aus Drittländern erfolgt in Österreich derzeit nur wenig gesteuert. Jene Menschen, die als Asylwerber nach Österreich kommen, könnten den demografischen Wandel sogar zum Teil ausgleichen – laut Jahresstatistik des BMI für 2021 waren fast 60 Prozent der Antragsteller zwischen 18 und 35 Jahre alt und nur 0,2 Prozent über 65. Am Arbeitsmarkt wird das aber auch mittelfristig keine Auswirkungen haben: Laut Integrationsfonds sinkt der Bildungsstand von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich. 70 Prozent der Menschen, die 2022 in Österreich Asyl erhalten haben und Deutschkurse nach dem Integrationsgesetz in Anspruch nehmen, können nicht lesen und schreiben, die Hälfte beherrschte das lateinische Alphabet nicht. Die andere Hälfte ist jedoch selbst in der eigenen Muttersprache nicht alphabetisiert, was das Deutschlernen deutlich erschwert. Bis Oktober wurde 2022 in Österreich 15.509 Menschen Asyl gewährt; in diesen ersten zehn Monaten des Jahres wurden 90.000 Asylanträge gestellt.

Fachkräfte aus Kolumbien

Demgegenüber ist die qualifizierte Zuwanderung aus Drittländern überschaubar: 6182 Rot-Weiß-Rot-Karten wurden 2022 ausgestellt. Diese Zahl scheint niedrig, ist tatsächlich aber nach einer Reform der Karte mit Oktober stark angestiegen – zum Vergleich: 2021 wurden 3881 Rot-Weiß-Rot-Karten ausgestellt. In Zukunft wird diese qualifizierte Zuwanderung in ganz Europa enorm an Bedeutung gewinnen und auch in Österreich gibt es bereits erste Erfolgsbeispiele wie Pflegekräfte aus Kolumbien, die im LKH-Klinikum Graz arbeiten. Sie werden noch in ihrem Heimatland ein Jahr lang auf ihren Einsatz in Österreich vorbereitet – organisiert durch eine Wiener Recruitingagentur, die bis Ende 2024 bis zu 600 Fachkräfte nach Österreich holen will.

6182 Rot-Weiß-Rot- Karten 2022

Unausgeschöpfte Leistungspotenziale

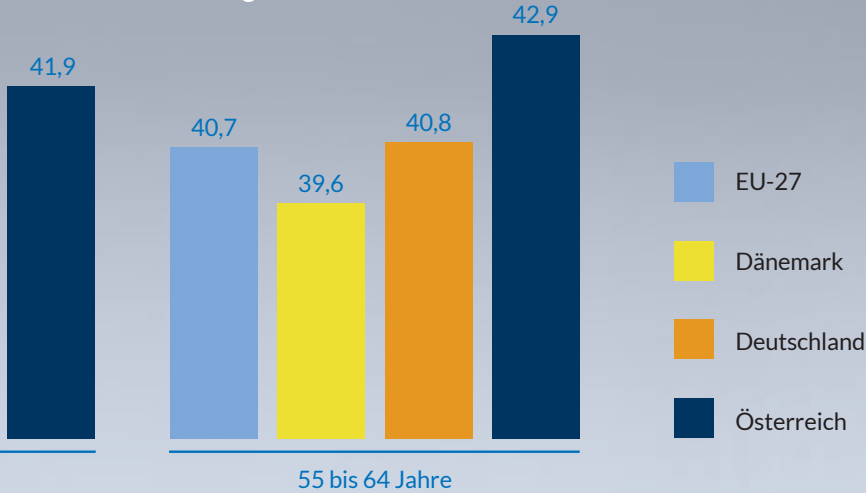
Aber auch innerhalb Österreichs gibt es noch Potenziale zu heben. Laut Eurostat lag das „unausgeschöpfte Arbeitskräftepotenzial“ (labor market slack) der erwerbsfähigen Bevölkerung in Österreich im dritten Quartal 2022 bei 9,7 Prozent – im EU-Schnitt lag es bei 11,5 Prozent. In dieser Statistik werden Arbeitslose, aber auch Personen berücksichtigt, die in Teilzeit arbeiten, aber aufstocken könnten, und jene, die derzeit nicht berufstätig sind, aber auch nicht auf Jobsuche. Das bedeutet: In Österreich könnten noch rund zehn Prozent der maximal möglichen Arbeitskraft mobilisiert werden, und noch mehr, wenn man jene berücksichtigt, die unter den richtigen Umständen auch nach dem Erreichen des Pensionsalters weiterarbeiten würden – wenn die richtigen Register gezogen werden.

Derzeit wird der Leistungswille in Österreich kaum gefördert. Die Arbeitsmarktreform ist im Herbst 2022 nach 15 Monaten Verhandlungen gescheitert – und damit auch

BEITSKRÄFTEKRISE

iter und das Problem wird sich noch ausweiten.
sland – wie jetzt alle Register gezogen werden können.

Vollzeiterwerbstätigen 2021



eine Reform des Arbeitslosengelds. Kürzlich hat sich die Regierung zwar darauf geeinigt, die geblockte Altersteilzeit abzuschaffen, die de facto einen früheren Pensionsantritt ermöglichte; in Summe scheiden Österreicher im Europavergleich aber viel zu früh aus der Erwerbstätigkeit aus. Der Anteil der 60- bis 64-jährigen Erwerbstätigen ist in Österreich mit 32,2 Prozent deutlich niedriger als etwa in Deutschland, wo in dieser Altersgruppe 62,9 Prozent berufstätig sind. Im EU-Schnitt ist die Erwerbstätigkeit Älterer zuletzt übrigens gestiegen. Hier liegt also noch einiges ungehobenes Potenzial. Die IV setzt sich daher vehement für steuerliche Anreize ein und sieht einen wichtigen Hebel im Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung nach Erreichen des Regelpensionsalters.

9,7%
unausgeschöpftes
Arbeitskräfte-
potenzial

„Gleichzeitig gibt es in Österreich viele Menschen, die bereit sind, mehr zu leisten; eine Haltung, die es sich in Zeiten wie diesen lohnen würde, zu fördern“, so IV-Präsident Knill. So mag es manche vielleicht überraschen, dass es in Österreich eine vergleichsweise hohe geleistete Wochenarbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten gibt (siehe Grafik). Die IV fordert eine Erhöhung der begünstigten Überstunden auf 20 Stunden und eine Verdopplung des Freibetrags für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, um diese Bereitschaft, die Extrameile zu gehen, zu belohnen und zu fördern.

Von Teilzeit auf Vollzeit

Auch wenn die geleistete Wochenarbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten hoch ist, ist Österreich nach wie vor eine Hochburg der Teilzeitbeschäftigung. So gab im dritten Quartal 2022 laut Statistik Austria bereits jede zweite erwerbstätige Frau und jeder achte Mann an, Teilzeit zu arbeiten. Und: Die Zahl der in Teilzeit arbeitenden Menschen ist

im Jahresvergleich wesentlich stärker gestiegen als die Zahl der Vollzeit-Erwerbstätigen. Die Gründe dafür sind bekannt: Einerseits zahlt es sich aufgrund der Steuerstufen in Österreich finanziell weniger aus als in anderen Ländern, von Teilzeit auf Vollzeit aufzustocken. Stockt eine 20-Stunden-Kraft ihre Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden auf, arbeitet sie um 50 Prozent mehr und verdient auch brutto um die Hälfte mehr – netto bleiben aber laut einer Berechnung von Agenda Austria nur 32 Prozent mehr Lohn übrig. Bei einer Aufstockung auf 40 Stunden, also um 100 Prozent, bleiben netto nur 66 Prozent mehr Lohn. Neben einer weiteren Senkung der Lohnnebenkosten sieht die IV Potenzial in einem steuerlichen Freibetrag, wenn Teilzeitkräfte auf Vollzeit aufstocken.

Andererseits gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, die vielen Eltern eine Vollzeitbeschäftigung überhaupt erst ermöglichen würden. Dafür müssen Betreuungsplätze laut dem Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF) bestimmte Mindestkriterien erfüllen: ein Angebot in 47 Wochen pro Jahr, von Montag bis Freitag, Öffnungszeiten von mindestens 45 Wochenstunden und an vier Tagen mindestens 9,5 Stunden. Zuletzt ist in Österreich der

100%
mehr Arbeit =
66%
mehr Nettolohn

Anteil an Kindern, die einen Platz in solchen Einrichtungen haben, leicht gesunken, auf nur jedes zweite Kind im Alter von drei bis fünf Jahren und eine noch viel niedrigere Quote bei den Jüngeren. Das ist nicht nur für die Vereinbarkeit eine schlechte Nachricht, sondern auch für die frühkindliche Bildung. Die IV fordert in einem Schulterabschluss mit den anderen Sozialpartnern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und einheitliche Qualitätskriterien. Beim

Ausbau müsse man „ein Stück weit weggehen von einer Kostenlogik, hin zu einer Investitionslogik“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka. Das bedeute nicht, dass jede einzelne Gemeinde eine Betreuungseinrichtung brauche – auch Bildungszentren, eventuell in Kooperation mit Schulen, könnten eine Lösung sein.

Erfolgsmodell Lehre

Bildung – nicht nur der Jüngsten – ist ein wesentlicher Schlüssel im Kampf gegen einen Arbeits- und Fachkräftemangel, und Österreich hat in diesem Bereich ein sehr wirkungsvolles Werkzeug. Die Lehre gilt weit über die Landesgrenzen hinaus als Erfolgsmodell: Im Jänner besuchte US-Arbeitsminister Martin J. Walsh Österreich und traf im Haus der Industrie mit Vertretern österreichischer Unternehmen zusammen, um sich über Wirksamkeit und kritische Erfolgsfaktoren der dualen Ausbildung zu informieren. Das Modell soll in den USA breiter ausgerollt werden.

9.700
offene Lehr-
stellen 2022

In Österreich gab es zuletzt eine deutliche Steigerung der Lehnanfängerzahl, aber in Summe herrscht auch hier ein Mangel. Im Durchschnitt waren 2022 ca. 9.700 offene Lehrstellen beim AMS gemeldet, im Dezember standen laut AMS 8.262 sofort verfügbare Lehrstellen 7.218 Lehrstellensuchenden gegenüber. Als Unternehmen müsse man vor allem die Eltern überzeugen, dass diese Ausbildung ihren Kindern alle Karrierewege öffnet und danach auf Wunsch auch ein weiterführendes Studium möglich ist, erklärten die Industriebetriebe beim Treffen mit Walsh. „Wenn es vom Lehrling bis zum Pensionisten gelingt, alle Leistungspotenziale zu heben, an manchen Stellen gezielt gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland zu holen und auch die Digitalisierung voranzutreiben, können wir dem Arbeitskräftemangel etwas entgegensetzen“, so Knill.

IV-Bildungsarena: Lösungen für den Lehrkräftemangel

In den nächsten Jahren geht jede fünfte Lehrperson in Pension. Was braucht es, um wieder mehr Menschen für den Beruf zu begeistern?

Engagiert, gut ausgebildet, motiviert und motivierend: So beschreibt die IV Pädagogen der Zukunft. Aktuell schon belastet der wachsende Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften das österreichische Bildungssystem – und in den nächsten Jahren geht jede fünfte Lehrperson in Pension; weitere wechseln in Teilzeitmodelle oder in andere Branchen. Die Zahl der nachkommenden Junglehrer und Elementarpädagogen kann die Lücke nicht mehr schließen. Es braucht daher rasche und zielgerichtete Maßnahmen, um mehr Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen.

Bei der Bildungsarena, einer Veranstaltungsreihe der IV in Kooperation mit Neustart Schule, wurde diskutiert, wie der gravierende Mangel an Pädagogen behoben werden kann. Einigkeit am Podium bestand darin, dass es mehr Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams an der Schule braucht, damit sie sich wieder auf ihre Kernkompetenz fokussieren können.

Außerdem wurde ein Mehrbedarf an Praxis im Rahmen der „PädagogInnenbildung neu“ festgestellt. Auch das BMBWF will mit der kürzlich gestarteten Kampagne „Klasse Job“ neue Zielgruppen für den Beruf ansprechen.

Das Leitbild der IV für Elementarpädagogen umfasst drei wesentliche Lösungsansätze:

- Professionalisierung des Berufs vorantreiben: Die Herausforderungen rund um das Berufsprofil sind durch die Krisen unserer Zeit gewachsen. Die Aus- und regelmäßige Weiterbildung der Pädagogen muss punkto Vermittlung moderner Inhalte und Methoden up to date bleiben.
- Image verbessern: Pädagogen leisten einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung der Gesellschaft. Als Architekten der Zukunft spielen sie in allen

Bildungseinrichtungen eine Schlüsselrolle für die Qualität des Bildungssystems und damit in der Entwicklung der Gesellschaft und des Wirtschaftsstandorts Österreich. Dieses positive Bild muss deutlicher und wertschätzend in der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

- Finanzielle, personelle und pädagogische Schulautonomie: Zukunftsszenarien aus IV-Sicht sind ein neues, flexibles Arbeitszeitmodell ebenso wie ein offener Arbeitsmarkt mit Ein-, Aus- und Umstiegsszenarien für die pädagogischen Berufe.

„Technik und Design“ – ein Neustart für den schulischen Werkunterricht

IV, AK und WKO legen gemeinsam mit Partnern ein neues Praxishandbuch für einen zukunftsweisenden Werkunterricht in der Schule vor.

Der Werkunterricht bietet Kindern und Jugendlichen die erste (und oft auch einzige) Möglichkeit, sich in der Schule mit den Themen Technik, Gestaltung, Kreativität und Handwerk auseinanderzusetzen. Obwohl diese Bereiche Schlüsselfelder für eine erfolgreiche Zukunft sind, ist das Potenzial des Unterrichtsfachs bislang nicht vollständig ausgeschöpft worden. „Das kann nicht so bleiben, denn dieses Schulfach ist die Basis der technischen Bildung in Österreich und somit auch für Forschung, Technologie und

Innovation, „made in Austria“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

Lehrplan-Neugestaltung

Durch die Neugestaltung der Lehrpläne erfährt das Schulfach als „Technik und Design“ nun auch die Chance auf einen Neustart. AK, IV und WKO unterstützen diesen Prozess aktiv und haben gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Steiermark, dem Förderverein Technische Bildung, der AWS/Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule und erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen ein Praxishandbuch für einen



V.l.n.r. IV-Präsident Georg Knill, AK-Wien-Vizepräsidentin Regina Assigal, Marion Starzacher (PH Steiermark), Rektorin Beatrix Karl (PH Steiermark), WKO-Vizepräsidentin Carmen Goby

zukunftsweisenden schulischen Werkunterricht erarbeitet. Nur wenige Wochen nach Kundmachung des neuen Lehrplans wurde das Praxishandbuch bei einer Großveranstaltung im Haus der Industrie vor knapp 250 Gästen öffentlich präsentiert. Neben IV-Präsident Georg Knill wirkten dabei unter anderem mit: Regina Assigal (AK-Vizepräsidentin), Carmen Goby (WKO-Vizepräsidentin), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius International), Doris Wagner (Sektionschefin im Bildungsministerium) und Marion Starzacher (Pädagogische Hochschule Steiermark).

Das Praxishandbuch enthält 17 detaillierte und bereits praxiserprobte Unterrichtsvorbereitungen für die Sekundarstufe 1 und Beiträge von zehn Testimonials aus Industrie und Wirtschaft. Sie spiegeln die hohe Relevanz von „Technik und Design“ in der Berufs- und Arbeitswelt in den schulischen Unterricht.

WEBTIPP

Download- bzw. Bestellmöglichkeiten finden sich auf der IV-Website bzw. unter www.technischebildung.at.



AKTUELLES IN KÜRZE

IV-Teacher's Award geht in die nächste Runde

Durch die Unterstützung zahlreicher Mitgliedsunternehmen ist es auch im Jahr 2023 wieder möglich, zum nunmehr zehnten Mal den IV-Teacher's Award – in Kooperation mit der Initiative Neustart Schule – vergeben zu können.

Alle zwei Jahre verleiht die Industriellenvereinigung den Award, um fachlich herausragende Leistungen von Pädagogen in Kindergärten und Schulen anzuerkennen, wertzuschätzen und auszuzeichnen.

Die Ausschreibung dazu läuft seit 1. Februar 2023. In folgenden vier Kategorien können Projekte eingereicht werden:

- Elementarpädagogik – Lernen von 0 bis 6
- Individualität – Umgang mit Vielfalt
- MINT – Begeisterung für Technik und Innovation
- Wirtschaftskompetenz – Lernen für Beruf und Alltag

Die Preisverleihung ist für 19. September 2023 im Beisein von Bildungsminister Martin Polaschek im Haus der Industrie geplant.

EINREICHFRIST

Einreichungen bis 28. April 2023 unter www.iv-teachersaward.at.

Fünf Jahre „zukunft.lehre.österreich.“

Die Lehrlingsinitiative „zukunft.lehre.österreich.“ feierte am 26. Jänner ihr fünfjähriges Bestehen. IV-Präsident Georg Knill dankte bei dieser Gelegenheit dem scheidenden „z.l.ö.“-Präsidenten und -Initiator Werner Steinecker (Energie AG) für sein großes Engagement für die Lehre und freute sich über die künftige Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten Robert Machtlinger (FACC).

Im vergangenen Jahr konnten IV und „z.l.ö.“ gemeinsam die massiven Auswirkungen der Coronapandemie auf die Lehrausbildung ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Nun will man sich noch stärker für eine weitere Imageaufwertung der Berufsbildung einsetzen.





Das war das Skiwochenende der JI

Nach zwei Jahren coronabedingter Pause fand das traditionelle JI-Skiwochenende Mitte Jänner in Stuben am Arlberg statt.

Zum Auftakt des großartig organisierten dreitägigen Programms ging es für die JI-Mitglieder, die aus ganz Österreich anreisen, zu einer Betriebsbesichtigung der Arlberger Bergbahnen. Dort erklärten die Verantwortlichen den Teilnehmern unter anderem, wie der Seilbahnbetrieb abläuft, wer für den Ausbau eines Skigebiets verantwortlich ist und wie entschieden wird, bei welchen Extremkonditionen der Betrieb eingestellt werden muss.

Bevor JI-Vorarlberg-Vorstandsvorsitzende Anna Hilti das Skiwochenende auch offiziell eröffnete, begrüßte die JI Alexander Klimmer, Prokurist und Vertriebsleiter der Doppelmayer Seilbahnen GmbH, der in einem informativen Vortrag die neuesten Seilbahnprojekte der Firma in der ganzen Welt präsentierte.

Nach freiem Skifahren bei großartigen Konditionen am zweiten Tag fand schließlich das traditionelle Skirennen – inklusive Livekommentator und professioneller Zeitnehmung – statt. Das Skirennen hat für die JI-Landesgruppen immer eine besondere



V.l.n.r.: Alexander Klimmer (Doppelmayer), Anna Hilti (Vorsitzende JI-Vorarlberg), Max Weidinger (ehem. Geschäftsführer JI-Vorarlberg), Valentin Falb (JI-Bundesgeschäftsführer)

Bedeutung, da das gewinnende Bundesland das nächste Skiwochenende ausrichten darf. Das abwechslungsreiche Programm wurde schließlich mit einem gelungenen Hüttenabend mit Livemusik in Lech am Arlberg abgerundet.

Vielen Dank an die Sponsoren, ohne die das Skiwochenende nicht möglich gewesen wäre! Großer Dank gilt auch der JI-Vorarlberg und der IV-Vorarlberg für die einwandfreie Organisation.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland/Emmerich Mädler, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/AdobeStock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg/IV, Reinventing Society, Aurelian Böhrler, FHV, Nina Bröll, IV-Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



MINT als Devise für die Zukunft

Ein weiteres Jahr ist vergangen, viel hat sich generell getan – wenig hingegen beim Thema Bildung.

Die krisengeprägten vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Zeiten in vielerlei Hinsicht rasant verändern. Sowohl die Unternehmen als auch die arbeitende Bevölkerung unterliegen einem steten Wandel. Wir erleben österreichweit einen enormen Fachkräftemangel, dem es gegenzusteuern gilt, denn dieser wird in Zukunft nur größer. Demografische Prognosen zeigen, dass in den nächsten zwölf Jahren mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen werden.

Unser Bildungssystem scheint dieser Herausforderung nicht mehr gewachsen zu sein und im Gegensatz zu den sich verändernden Zeiten verändert sich beim Bildungssystem überschaubar wenig. Dabei sollten wir uns dezidiert um den Talentnachwuchs für Österreich kümmern – gerade in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fehlen uns die Leute an allen Ecken und Enden. Dabei sind MINT-Talente die Innovatorinnen und Innovatoren der Zukunft und Motor der heimischen Wirtschaft. Ohne rasche Reformen des gesamten Bildungssystems wird sich dieses Problem weiter zuspitzen.

Es gilt daher, bereits im elementarpädagogischen Bereich verstärkt das Interesse und die Begeisterung unserer Kinder für Technik zu fördern. Auch im Bereich der berufsbildenden Schulen haben wir noch einiges an Arbeit vor uns. Die HTLs beweisen sich als großartiges Erfolgsrezept in der heimischen Bildungslandschaft – wir müssen hier die Zahl der Graduierten kontinuierlich erhöhen und die Ausbildung auf die Bereiche fokussieren, bei denen wir bereits jetzt wissen, dass es uns in Zukunft sonst an Arbeitskräften mangeln wird.

Nichtsdestotrotz blicke ich optimistisch in die Zukunft. Die Junge Industrie wird sich weiterhin dieses Themas annehmen und Initiativen wie „Technik kinderleicht!“ auch zukünftig forcieren. Zur Erinnerung: Das Technische Museum Wien entwickelte hier gemeinsam mit der Jungen Industrie ein österreichweites Fortbildungsangebot für Kindergartenpädagoginnen im MINT-Bereich.

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



Die Krise als Motor des Fortschritts

Die geopolitischen Unwägbarkeiten für das Jahr 2023 sind so zahlreich wie lange nicht – die Volatilität bleibt hoch, die Planbarkeit ist gering. Dennoch herrscht Zuversicht, dass 2023 ein Durchschnittsjahr werden kann. Um über die unmittelbare Gegenwart hinaus wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Oberösterreich jedenfalls vom Krisenmodus in den Zukunftsmodus schalten.

Die Hoffnung war groß für das Jahr 2022, in der Aussicht auf einen starken konjunkturellen Aufschwung nach zwei Pandemie Jahren – gekommen ist es leider durch den Ausbruch des Kriegs in der Ukraine völlig anders. Viele Herausforderungen des vergangenen Jahres werden die Industrie auch 2023 intensiv beschäftigen. Die globale Ökonomie ist enorm komplex und damit unberechenbar geworden, kleinste Änderungen können große globale Auswirkungen haben – die Blockade des Suezkanals durch das Containerschiff „Ever Given“ war das Symbol für diese Entwicklung.

Positiv ist, dass die sehr pessimistischen Einschätzungen infolge der Energiekrise im Sommer bzw. Herbst letzten Jahres nicht in diesem Ausmaß Realität wurden. Oberösterreichs Industrie konnte sich dank zahlreicher Maßnahmen vielfach erfolgreich an die neuen Rahmenbedingungen anpassen und blickt wieder mit mehr Zuversicht auf die wirtschaftliche Entwicklung im neuen Jahr. „Die oberösterreichische Industrie tut das, was sie am besten kann – die Strukturen agil und flexibel an neue Rahmenbedingungen anpassen und die vorhandenen Chancen auf

globalen Märkten nutzen“ betont Stefan Pierer, Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich (IV-OÖ).

Hoffnung auf Durchschnittsjahr in schwierigem Umfeld

Zuversicht in Kombination mit realistischen Erwartungen prägt auch die Ergebnisse des IV-OÖ-Konjunkturbarometers: Der zentrale

Wert, der sich als Mittelwert aus aktueller und zukünftiger Geschäftslage errechnet, liegt zum Jahresende mit +6,5 Punkten wieder im positiven Bereich und damit auch 16,5 Punkte über dem Wert des Vorquartals. „Die Zuversicht, dass 2023 ein Durchschnittsjahr werden könnte und keine tiefe Rezession folgt, ist deutlich gestiegen, die Anspannung bleibt jedoch hoch“, so Pierer. Positive und

negative Effekte überlagern sich, die hohen Kosten drücken auf die Ergebnisse. „Die überdurchschnittlich hohen Energiekosten in Europa und insbesondere in Österreich sind die Hauptgefahr für eine graduelle Deindustrialisierung des Kontinents“, so Pierer. Wenn die Energiepreise länger bei einem Mehrfachen des nordamerikanischen und asiatischen Niveaus bleiben, kommt es



„Die oberösterreichische Industrie tut das, was sie am besten kann – die Strukturen agil und flexibel an neue Rahmenbedingungen anpassen und die vorhandenen Chancen auf globalen Märkten nutzen.“

Stefan Pierer,
 IV-OÖ-Präsident

unweigerlich zur Verlagerung von Produktionen in andere Weltregionen.

Die Bundesregierung muss den Fortschritt im Land in der noch verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode weiter vorantreiben. Nach drei Jahren krisenbedingter Subventionspolitik muss wieder zu strukturpolitischen Verbesserungen für den Standort zurückgekehrt werden. Pierer: „Die Zeiten der Fördergießkanne müssen zu Ende gehen, eine Anspruchsmentalität darf sich in Österreich nicht verfestigen. Der Fokus ist wieder auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich und auf die nachhaltige finanzpolitische Gesundheit des Staatshaushalts zu legen.“

Arbeitskräftemangel bleibt zentrales Problem

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Erwartungen ist von einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit auch weiterhin nicht auszugehen. Sollte es vereinzelt zu Freisetzungen kommen, würden diese unmittelbar vom leer gefegten Arbeitsmarkt aufgesogen. „Der Arbeitskräftemangel bleibt auch 2023 das dominierende Thema“, so Pierer, der erneut auf das präsentierte IV-Paket „Leistung muss sich (wieder) lohnen“ mit zehn steuerpolitischen Anreizen hinweist.

Für Österreichs weitere Standortentwicklung müssten alle Potenziale am Arbeitsmarkt gehoben werden. Unser Wohlstand lasse sich angesichts des anstehenden demografischen Wandels nur durch Mehrleistung der heimischen Bevölkerung und durch qualifizierte Zuwanderung erhalten. Freiwillig etwas mehr zu arbeiten habe viele positive Effekte – nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern auch für den Staatshaushalt und die Finanzierung des Sozialsystems; daher muss unser Steuersystem Anreize zum Arbeiten und nicht zum Nicht-Arbeiten geben.

Masterplan Spitzenregion OÖ 2030

Mit Corona-Lockdowns, dem Ukraine-Krieg, der Energiekrise und großen Inflations Sorgen wird dieses Jahrzehnt bisher von multiplen Herausforderungen geprägt, eine Zeitenwende wurde eingeleitet. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Oberösterreich innerhalb Europas und im globalen Vergleich kommt dadurch enorm unter Druck. Gleichzeitig bieten Krisenzeiten auch enorme Chancen für einen starken Industriestandort wie Oberösterreich.

Das Bundesland muss vom Krisenmodus jetzt wieder in den Zukunftsmodus schalten und strukturelle Hausaufgaben erledigen,

die den Standort weiter attraktiver machen. Dazu hat die IV-OÖ zehn Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Oberösterreich in der laufenden Legislaturperiode formuliert.

„Die Arbeit an der Zukunft beginnt in der Krise, Unordnung ist ein Zukunftsmotor. Oberösterreich muss sich den neuen Umfeldbedingungen anpassen und jetzt die Weichen für den zukünftigen Erfolg stellen. Die industrielle Stärke des Bundeslandes ist der Garant, dass Oberösterreich trotz aktueller Turbulenzen stabil auf Kurs bleibt und besser als andere Regionen aus der Krise hervorgehen wird“, betont IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer.



Leistungspriorisierungen verhindern

In Österreich fehlen nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Medizin, der Pflege, den Schulen oder in Hotellerie und Gastronomie die Arbeitskräfte. Die Bundesregierung muss rasch handeln.

Der Arbeitskräftemangel bleibt auch 2023 das dominierende Thema. Es ist enttäuschend, dass die Regierungsklausur der Bundesregierung zu Jahresbeginn keine rasche Lösung für eine Attraktivierung von Arbeit im Regelpensumsalter sowie die Überstundenbesteuerung gebracht hat. Die Argumente der Bedenkenräger sind völlig aus der Zeit gefallen; weder nehmen Alte den Jungen Jobs weg noch führen mehr Überstunden zu mehr Arbeitslosigkeit. Es gibt österreichweit aktuell 220.000 offene Stellen, in den nächsten zwölf Jahren werden österreichweit rund 540.000 Fach- und Arbeitskräfte fehlen. Der Standort Österreich braucht in allen Bereichen (vom Gesundheitssystem über die Pädagogik bis zu Industrie und Dienstleistung) Arbeitskräfte, heute und aufgrund der Demografie auch langfristig. Ich gehe nicht davon aus, dass die Grünen dafür verantwortlich gemacht werden wollen, wenn es zu weiteren Leistungspriorisierungen (in Coronazeiten Triage genannt) in der Medizin, der Pflege, in den Schulen, in Hotellerie und Gastronomie oder zu weiteren Verlagerungen der Industrie ins Ausland kommt. Es müssen alle Potenziale am Arbeitsmarkt gehoben werden, damit Österreich sich als Standort weiterentwickeln kann.

Unser Wohlstand lässt sich angesichts des anstehenden demografischen Wandels nur durch Mehrleistung der heimischen Bevölkerung und durch qualifizierte Zuwanderung erhalten. Freiwillig etwas mehr zu arbeiten hätte viele positive Effekte, nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern auch für den Staatshaushalt und die Finanzierung des Sozialsystems. Deshalb muss unser Steuersystem Anreize zum Arbeiten und nicht zum Nicht-Arbeiten geben.

Es ist darüber hinaus der falsche Weg mancher Unternehmen, zu glauben, mit überzogenen Arbeitszeitverkürzungsangeboten bei vollem Lohnausgleich nachhaltig Mitarbeiter binden zu können, und es verschärft zusätzlich die Probleme am Standort. Es ist die Aufgabe der Unternehmensführung und der HR-Abteilungen, als attraktiver Betrieb am Arbeitsmarkt in Erscheinung zu treten – Mitarbeiterbindung gelingt nicht mit dem Füllhorn.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

KONJUNKTURBAROMETER



Zehn-Punkte-Programm „Vom Krisenmodus in den Zukunftsmodus“

Energie und Digitalisierung:

- Förderung von Projekten zur Beschleunigung der Twin-Transition** in den Bereichen Energie und Digitalisierung, finanziert aus dem OÖ Zukunftsfonds.
- Umsetzung der digitalen Plattform für die Abwicklung von Anlagengenehmigungsverfahren (EPA-OÖ).**
- Digitalisierungsoffensive bei allen Prozessen der öffentlichen Hand** in OÖ (Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung).

Arbeitsmarkt und Forschung:

- Pakt für Arbeit und Qualifizierung neu:** Ausarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur besseren Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials in OÖ

mit der Zielsetzung der Erhöhung der Frauenerwerbsquote, effizienter Umschulung und Höherqualifizierung sowie verbesserter betriebsnaher Qualifizierungsmaßnahmen.

- Aufbau des IDSA und weiterer Ausbau von JKU und FH OÖ sowie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen** zur Erhöhung der Absolventenzahlen und zur weiteren Stärkung der Technologie- und Forschungskompetenz von Oberösterreich.

Schule und MINT:

- Verbesserung der Grundkulturkompetenzen** (inkl. Digitalkompetenzen) der Volksschulabsolventen und begleitende Förderung in der Mittelschule.
- Mathematik-Initiative:** Attraktivierung

des Mathematikunterrichts, um mehr Jugendliche für MINT-Ausbildungen zu gewinnen.

- Digitalkompetenzen an AHS:** Entwicklung weiterer Schulwege zur Vermittlung von Digitalkompetenzen an Bundesrealgymnasien in OÖ nach dem Vorbild des Schulzweigs „Digitalisierung und Robotik“ am BRG Fadingerstraße.
- Internationale Schule:** Ausweitung des Angebots der internationalen Schulausbildung nach dem Vorbild von ABIS und LISA.

Landeshaushalt und Verschuldung:

- Zeitnahe Rückkehr zu Nulldefizit und Schuldenbremse** in OÖ nach Bewältigung der Krise.

Energiepolitische Aha-Erlebnisse

Die Energiekrise macht die hohe Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wahrheit deutlich. Ein Blick auf die Zahlen zeigt die Realität: Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist eine Mammutaufgabe.

Das Jahr 2022 war für manche ein unerwarteter Crashkurs in Sachen Energiekompetenz“, betont Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der IV-OÖ. „Die Energiepolitik Deutschlands und Österreichs war in den letzten Jahrzehnten viel zu ideologiegetrieben und jenseits der naturwissenschaftlich-technischen und ökonomischen Realitäten. Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wahrheit ist enorm. Beide Länder waren die Geisterfahrer auf der Autobahn und haben geglaubt, die anderen würden in die falsche Richtung fahren. Atom- und Wasserkraftnutzung, Erdgasförderung auf heimischem Boden oder der Bau von Stromleitungen – alle Projekte wurden verhindert oder massiv verzögert. Die drohende Energieknappheit hat in Deutschland und Österreich im letzten Jahr offenbar bei den zuständigen Ministern zu Aha-Erlebnissen geführt, wie beispielsweise die Besuche in Katar gezeigt haben.“

Haindl-Grutschweiter: „Die Industrie braucht an 8.760 Stunden im Jahr eine verlässliche grundlastfähige Stromversorgung. Es braucht seriöse Beiträge zur Problemlösung und keine Showpolitik. Ein einziges Fünf-Megawatt-Windrad benötigt beispielsweise circa 2.000 Tonnen Beton, 750 Tonnen Stahl sowie enorme Mengen an Kupfer und seltenen Erden. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, dass begrenzte Ressourcen an Material und Fachkräften zum Ausbau der Erneuerbaren dort eingesetzt werden, wo sie den größten Hebel zur Einsparung von CO₂-Emissionen generieren können.“ Die Abkehr von fossilen

Energieträgern und die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung in Österreich und weltweit ist ein hochkomplexer Veränderungsprozess, der alle Technologieoptionen nutzen muss und nur mit internationalen Kooperationen in einem globalen Kraftakt gelingen kann.

Energiepolitische Realität in Zahlen

Auf globaler Ebene sind aktuell nur 15% des gesamten Primärenergieverbrauchs erneuerbar, in der EU sind es 18%, in Österreich dank ausgebauter Wasserkraft immerhin 34%. Demgegenüber sind global noch 80% fossil, in der EU 69% und in Österreich 66%. Der Rest wird durch Atomkraft abgedeckt. Diese Verteilung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten trotz zum Teil umfassender Investitionen in erneuerbare Energieträger (etwa in Deutschland) nicht dramatisch verändert. Beim Endenergieverbrauch hat Strom global und auch in der EU aktuell nur einen Anteil von 20%.

Beim Anteil erneuerbarer Energieträger an der Stromerzeugung liegt Österreich dank Wasserkraft hervorragend, der wesentliche Ausbau erfolgte bereits lange bevor das erste völkerrechtlich verbindliche Klimaschutzziel mit dem Kyoto-Protokoll 1997 beschlossen wurde. Der Anteil der fossilen Energieträger an der Stromproduktion geht in Österreich zurück und sollte bis 2030 bilanziell null sein. Völlig unterschiedlich sieht die Situation auf globaler Ebene aus, wo der Anteil fossiler Brennstoffe an der Stromerzeugung weiterhin steigt. In Relation zum BIP gelang jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten in allen Län-

dern eine Entkopplung der CO₂-Emissionen vom Wirtschaftswachstum – Österreich und die EU sind dabei Vorreiter.

Energieintensive Industrie als Wohlstandsmotor

Der Gesamtenergieverbrauch des produzierenden Bereichs Oberösterreichs lag im Jahr 2019 bei knapp 100.000 Terajoule, was in etwa 31% des Gesamtenergieverbrauchs des Bundeslandes entspricht. Der Energiemix des produzierenden Bereichs Oberösterreichs besteht zu 37% aus Gas, 31% Elektrizität (davon etwa 20% aus erneuerbaren Energien), 14% biogenen Brennstoffen, 8% Kohle (überwiegend für die Stahlerzeugung), 4% Abfällen, 3% Öl und 2% Fernwärme. Der Gesamtenergieverbrauch des produzierenden Bereichs Oberösterreichs entspricht in etwa einem Drittel des produzierenden Bereichs von ganz Österreich.

In Oberösterreich sind rund 36.800 Personen in der energieintensiven Industrie beschäftigt, insgesamt (direkt, indirekt und induziert) sichert dieser Sektor 117.500 Beschäftigungsverhältnisse in der heimischen Volkswirtschaft ab, davon 66.000 in Oberösterreich. 2,8 Prozent der gesamten österreichischen Wertschöpfung stehen im Zusammenhang mit dem laufenden Betrieb der energieintensiven Industrie Oberösterreichs.

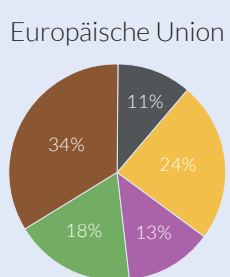
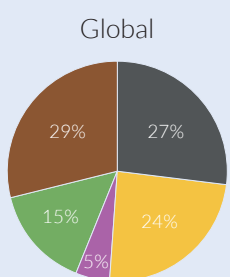
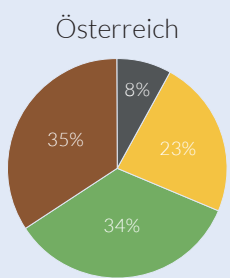
Die grüne Transformation ist so umzusetzen, dass sie zur Chance für die heimischen Betriebe wird. Sie muss europäische Wertschöpfung generieren und darf nicht zur Deindustrialisierung unseres Kontinents führen.



„Die grüne Transformation muss europäische Wertschöpfung generieren und darf nicht zur Deindustrialisierung unseres Kontinents führen. Dafür braucht es faire Wettbewerbsbedingungen.“

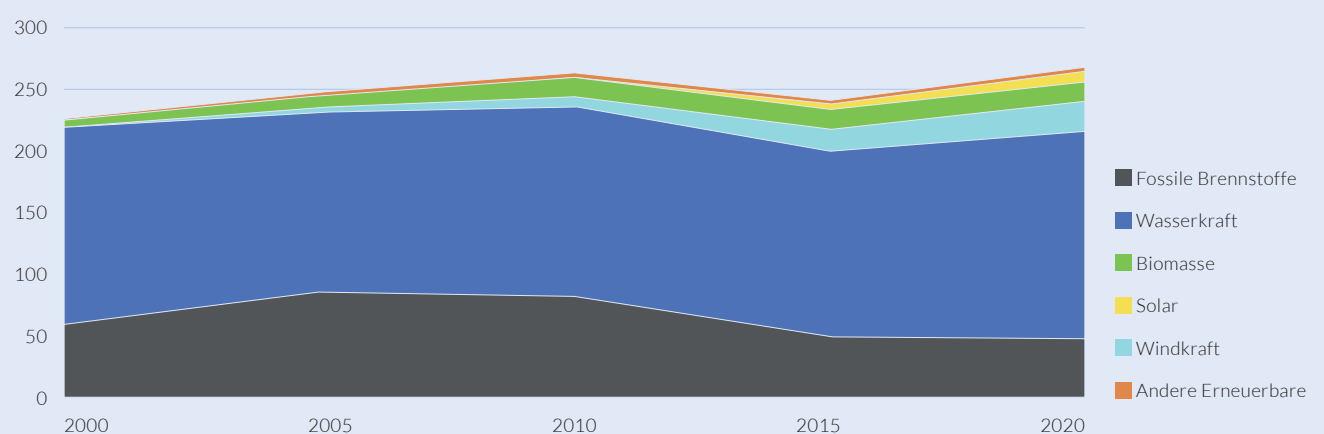
Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Primärenergieträgerverbrauch für 2020 in Österreich, Europäische Union und global nach Hauptkategorien



■ Erdöl ■ Erdgas ■ Atomkraft
■ Kohle, Torf und Ölschiefer
■ Erneuerbare Energieträger und Abfälle

Anteil der spezifischen Energieträger an der Stromerzeugung von 2000 bis 2020 in Österreich



Globaler Anteil der spezifischen Energieträger an der Strom Erzeugung von 2000 bis 2020

